



LANDESBEZIRKSVORSTAND

An die Arbeit, Herr Scholz!

Mit den Gratulationen zur Wahl als Erster Bürgermeister Hamburgs ist Schluss. Der neue Senat hat seine Senatoren bekommen und für die Leitung der Behörde für Inneres und Sport ist Michael Neumann verantwortlich. Viele Aufgaben warten auch auf den neuen Innensenator.

Die GdP Hamburg hat in der Vergangenheit unabhängig von politischer Couleur immer wieder auf Schwierigkeiten, Ungerechtigkeiten und aus unserer Sicht falsche Ausrichtungen hingewiesen.

Wir werden uns weiter auf allen Ebenen gegen eine massive Gehaltskürzung in der Beamtenbesoldung zur Wehr setzen. Die Beamten Hamburgs sind nicht verantwortlich für eine verfehlte Haushaltspolitik des ehemaligen schwarz-grü-



Uwe Koßel, Landesvorsitzender, und O. Scholz, Erster Bürgermeister, mit Gerhard Kirsch, stellv. Landesvorsitzender

nen Senats. Unsere Forderung ist dabei eindeutig: Hände weg vom Weihnachtsgeld!

Und innerhalb der Polizei gibt es auch viele Felder, die einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen: Dabei steht die personelle Ausstattung der Polizei in al-

len Bereichen im Vordergrund. Es reicht nicht, den Bestand zu halten, es bedarf einer echten und ernstgemeinten Anstrengung, um offensichtliche Präsenzverluste und die massiv angestiegene Belastung sowohl in den geschlossenen Einheiten als auch auf örtlicher Ebene zu bekämpfen. Das Ziel der Einführung der zweigeteilten Laufbahn hatte überhaupt keine Priorität im Vorgängerssenat, dies muss zusammen mit einer Neuausrichtung der Hochschule der Polizei angegangen werden.

Viele weitere Probleme wie die Bezahlung von Dienst zu ungünstigen Zeiten, die Erhöhung der Schichtzulage und das Festhalten an der Altersgrenze von 60 Jahren müssen ebenfalls im Focus des neuen Innensenators stehen.

Wir stehen für Gespräche bereit.

Der Landesbezirksvorstand

LANDESBEZIRKSVORSTAND

Schulden bremsen?

Die Schuldenbremse ist in aller Munde und auch der neue erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Herr Olaf Scholz, ist ein bekennender Befürworter der Schuldenbremse. Was auf den ersten Blick einleuchtend und logisch klingt, für die vielzitierte schwäbische Hausfrau etwa, ist volkswirtschaftlich gefährlich und unsinnig.

Menschen in entscheidender Position drücken uns seit nunmehr drei Jahrzehnten eine Politik auf, die jetzt in der Schuldenbremse gipfelt. Das Ergebnis dieser Politik ist bekannt: prekäre Beschäftigung, Hartz IV, Altersarmut, Arbeitslosigkeit, Studiengebühren, Streichungen von Sonderzahlungen, Personalabbau, Nullrunden etc. und auf der anderen Seite explodieren die Vermögen und die wenigen Reichen werden immer reicher.

Wir sind überzeugt, dass die Befürworter der neoliberalen Politik, zu denen auch Olaf Scholz zählt, wissen, dass ihre Politik zu einer massiven Umverteilung von den

Armen zu den Reichen führt. Sie handeln bewusst im Interesse der Vermögenden. Was aber geht uns als Polizei die Schuldenbremse konkret an?

Nach dem TINA-Prinzip (There Is No Alternative, es gibt keine Alternative) werden politische Entscheidungen in letzter Zeit nur noch mit leeren Kassen begründet. Wäre dem wirklich so, hätte sich die Demokratie erledigt. Es gibt Alternativen und diese gehen die Polizei an! Mit dem Argument der Haushaltskonsolidierung kommen weitere Einschnitte auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu. Es gibt keine angemessene Lohnerhöhung, es gibt keine Sonderzahlungen, über kurz oder lang wird die Lebensarbeitszeit verlängert werden müssen, Personal muss abgebaut werden und so weiter und als Begründung: Leere Kassen! Keine Alternative! Es gibt eine Alternative! Der Staat muss wieder mehr Einnehmen, die Binnennachfrage muss gestärkt werden! Die Bürgerinnen und Bürger und damit auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes müssen endlich wieder am Wachstum beteiligt werden!

Hier nun eine Sammlung von Argumenten des DGB aus Hessen, um wenigstens die Kollegen, Freunde und Bekannten auf die mächtige Schiefelage und ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland hinzuweisen.

Die populärsten Argumente zur Schuldenbremse – und ihre Widerlegung

1. Die Staatsausgaben sind in den letzten Jahren förmlich explodiert. Deutschland und Hamburg haben über ihre Verhältnisse gelebt. Damit muss jetzt Schluss sein: Wir brauchen die Schuldenbremse, weil sie Grenzen setzt!

– Deutschland hat im internationalen Vergleich extrem niedrige Ausgabensteigerungen. Die Zahlen zeigen: Deutschland und Hamburg haben keine zu hohen Ausgaben, sondern zu geringe Einnahmen. Besonders die zahlreichen Steuersenkungsmaßnahmen zu Gunsten von Gutverdienenden, Reichen und Unternehmen

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

haben den öffentlichen Haushalten massive Ausfälle beschert.

2. Die Staatsverschuldung ist viel zu hoch. Auch Hamburg hat zu viele Schulden. Nur mit der Schuldenbremse kann der Schuldenstand abgebaut werden!

– **Entscheidend ist nicht, wie hoch die Staatsverschuldung (in Euro) ist, sondern wie hoch die Schuldenstandsquote (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) ausfällt. Kürzungen der Ausgaben öffentlicher Haushalte haben negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und damit auf die Steuereinnahmen.**

Dies kann einen Teufelskreis aus Ausgabenkürzungen und Anstieg der Schuldenstandsquote auslösen. Es gibt keine einheitliche und objektive Grenze, ab der man von „zu vielen Schulden“ sprechen kann.

3. Ein Privathaushalt oder ein Unternehmen kann nicht ständig mehr Geld ausgeben, als eingenommen wird. Das gilt auch für den Staat.

– **Im Gesamtzusammenhang einer Volkswirtschaft nehmen die öffentlichen Haushalte eine besondere Rolle ein. Sie**

können mit Privathaushalten und Unternehmen nicht gleichgesetzt werden. Privathaushalte und Unternehmen folgen einer einzelwirtschaftlichen Logik. Die wirtschaftlichen Folgen wären verheerend, würde auch der Staat dieser Logik folgen.

4. Die Schuldenbremse ist absolut notwendig, um nachfolgenden Generationen keine zerrütteten Staatsfinanzen zu überlassen. Auch das ist Nachhaltigkeit!

– **Von Ausgaben, die der Staat heute tätigt, profitieren auch die morgen lebenden Menschen. Umgekehrt sind die Folgen heute ausbleibender Ausgaben (etwa für Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Soziales) auch für zukünftige Generationen verheerend. Es ist deshalb nicht ungerecht, sie auch finanziell an der heutigen Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen.**

5. Obwohl Politikerinnen und Politiker seit Jahren behaupten, Schulden abbauen zu wollen, nehmen die Schulden immer mehr zu. Deshalb ist es gut, wenn es eine Verpflichtung gibt!

– **Nicht immer wurden Schulden in dem Maße reduziert, wie es wünschenswert gewesen wäre. Doch ist die hohe Schuldenstandsquote in Deutschland vorrangig auf eine falsche Politik zurückzuführen, die auf Ausgabenkürzungen, Steuersenkungen und Deregulierung der Finanzmärkte gesetzt hat. Daher braucht es keine undemokratische „Schuldenbremse“, sondern eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik.**

6. Die Schuldenbremse legt nahe, endlich auch über höhere Steuereinnahmen zu sprechen. Dies kann einen Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit leisten!

– **Die öffentlichen Haushalte in Deutschland, und damit auch der hamburgische Landeshaushalt, sind strukturell unterfinanziert. Sie leiden an zu niedrigen Einnahmen, wofür insbesondere massive Steuersenkungsmaßnahmen der letzten Jahre verantwortlich sind. Davon haben vor allem Gutverdienende und Unterneh-**

men profitiert, von Steuergerechtigkeit kann immer weniger gesprochen werden. Dennoch ist es eine Illusion zu glauben, die „Schuldenbremse“ würde zu einer Erhöhung der Steuern und mehr Steuergerechtigkeit führen.

7. Wenn die Verschuldung nicht reduziert wird, werden die Zinsbelastungen in unbezahlbare Höhen steigen. Deshalb brauchen wir die Schuldenbremse!

– **Steigende Verschuldung hat nicht zwingend steigende Zinszahlungen zur Folge. Dennoch dürfen die Schulden nicht ins Unermessliche steigen. Damit Zinsen die öffentlichen Haushalte nicht handlungsunfähig machen, braucht es ausreichende Steuereinnahmen. Die Konjunktur darf deshalb nicht durch kontraproduktive Ausgabenkürzungen belastet werden.**

8. Wenn der Staat seinen Gläubigern Zinsen zahlt, gibt er sein Geld den Reichen. Ein Abbau der Schulden durch die Schuldenbremse ist deshalb auch ein Beitrag zu einer gerechteren Verteilung unseres Reichtums!

– **Auch wenn es niemand genau weiß: Vermutlich profitieren von Zinszahlungen in der Tat vorwiegend Banken und Menschen mit großem Vermögen. Gleichwohl wird hieraus erst dann ein Gerechtigkeitsproblem, wenn die Zinszahlungen aus Steuern der Gering- und Normalverdienenden finanziert werden. Für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in Deutschland braucht es deshalb eine Steuerpolitik, die Gutverdienende und Vermögendere stärker belastet. Die Schuldenbremse wird zu Ausgabenkürzungen führen – und damit zu einer noch ungerechteren Verteilung.**

Zu guter Letzt ist gegen die „Schuldenbremse“ derzeit eine Klage beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Der Landesbezirksvorstand mit Unterstützung des DGB Hessen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

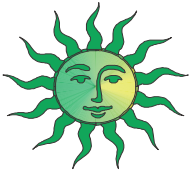
Redaktion:
Jörn Clasen (Vi. S. d. P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Waren Sie schon im Disneyland Resort Paris?

Ein Abenteuer für die ganze Familie:

- erlebnisreiche Tage für Jung und Alt
- Begegnungen mit vielen Disney Figuren
- ein Tagesausflug nach Paris per Bus oder Bahn (ganz ohne Verkehrsstress)
- Unterhaltung für jeden Geschmack (z.B. die Buffalo Bill's Wild West Show)



**Wir freuen uns auf Ihre Anfrage:
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH**

Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg

Tel: 040 / 28 08 96 16

Fax: 040 / 28 08 96 27

Mail: psw-reisen-hamburg@gdp-online.de

www.psw-hamburg.de

www.facebook.com/polizeisozialwerk



Werden Sie unser Fan auf Facebook!



GdP im Dialog mit WSPL

Wie es in der Vergangenheit mit den Leitern der Wasserschutzpolizei gute Tradition war, stehen wir auch mit dem neuen WSPL, Herrn KD Frank-Martin Heise, in engem und vertrauensvollem Kontakt und tauschen regelmäßig Informationen und Standpunkte aus. Beim aktuellen Gespräch wurden wieder zahlreiche Themen besprochen, die die WSP bewegen.

Personal und Ein- und Aufstiegs- perspektiven – Die WSP hat auch weiterhin Nachwuchssorgen!

Im Februar begannen zwölf Anwärter ihre Ausbildung für den mittleren Dienst an der LPS. Dazu merkte Herr Heise an: „Ursprünglich geplant waren lediglich fünf Stellen, die aufgrund der hohen Bewerberzahl aufgestockt wurden.“ Ein Kollege und eine Kollegin haben erfolgreich ihre Ausbildung an der LPS beendet. Zusammen mit fünf Kollegen der Schutzpolizei, die zum März zur WSP gewechselt sind, haben sie ihre Fortbildung bei WSP 22 begonnen.

Zum April werden 28 Aufsteiger für K und 50 Seiteneinsteiger ihr Studium an der HdP beginnen. Für die WSP konnten erneut keine Seiteneinsteiger gewonnen werden.

„Mit diesen Personalzuwächsen ist das strukturelle Problem der Gewinnung von Nachwuchs für die WSP aufgrund der weiterhin hohen Pensionierungszahlen und der ungünstigen Rahmenbedingungen (Grundstudium ohne Bezahlung an der HdP, unzureichende Anerkennung von Vorzeiten, Wegfall der freien Heilfürsorge und schlechte Aufstiegschancen, an denen das modifizierte LVM wenig geändert hat) noch lange nicht behoben“ bedauerte der Fachbereichsvorsitzende Holger Stoll. „Wir müssen den qualifizierten Bewerbern wieder etwas bieten können, ansonsten werden wir gegenüber den anderen Behörden auch weiterhin das Nachsehen haben. Mit dem derzeitigen Angebot wird die WSP das gewünschte Personal auch zukünftig nicht rekrutieren können.“

Herr Heise stimmte in diesem Punkt mit unserer Position überein und stellte die Einführung einer Anwärtersonderzulage in Höhe von 100% für Patentinhaber

und die Alimentierung ab dem ersten Tag an der HdP in Aussicht.

Darüber hinaus machten wir unsere Forderung nach der Einführung der „Zweigeteilten Laufbahn“ für die WSP nach dem Vorbild anderer Bundesländer und der KriPo in Hamburg deutlich. Holger Stoll: „Die umfangreichen Tätigkeiten in den diversen Rechtsgebieten sind Aufgaben des gehobenen und höheren Dienstes! Dabei sind auch die besonderen Einstellungs Voraussetzungen und die erforderliche zusätzliche Aus- und Fort-



Holger Stoll, Vorsitzender des FB WS, und Frank-Martin Heise, WSPL

bildung für die WSP zu berücksichtigen.“ Um dies umzusetzen, sollten zukünftig alle WS-Bewerber im gD eingestellt werden und zusätzliche Aufstiegsstudiengänge angeboten werden. Zwar sollen fünf Aufsteiger-Stellen im Jahr 2012 für die WSP ausgeschrieben werden, so Herr Heise. Nach Jahren des Stillstands ein kleiner Lichtblick, aber immer noch viel zu wenig.

Außerdem könnten, wie auch in anderen Bundesländern üblich, die besonderen Aufgabengebiete und die schon erwähnte erforderliche Zusatzbildung bei der Quotierung der Prädikate in den Beurteilungen für die WSP berücksichtigt werden, um mehr WS-Beamte mit den Prädikaten A und B befördern zu können. Zumindest aber sollten die vorhandenen Quoten ausgenutzt werden. Nach der letzten LVM-Maßstabsrunde lag die WSP im Prädikat A gerade mal bei 1,3%* (2* Kollegen) von möglichen 5%. Das ist gerade mal ein Viertel der möglichen Quote! Zum Vergleich: ZP/VT/J bzw. FLD/sonstige lagen bei 5,6%* bzw. 6,7%*. Beim Prädikat B lag die WSP mit 22,7%* (34* Kollegen) zwar leicht über der Quote von 20%, wurde aber noch von ZP/VT/J mit 23,6%* übertroffen.

* = Zahlen aus der Personalversammlung vom 25. 11. 2010

WSPR 4 – Totgesagte leben länger!

Die GdP steht weiterhin für den Erhalt der WS-Wache an der Elbmündung im bisherigen Umfang und erläuterte diese Forderung auch gegenüber dem WSPL. Holger Stoll: „Für eine funktionierende Dienststelle muss es auch vernünftige und funktionierende Rahmenbedingungen geben!“ Dazu gehört unserer Meinung nach eine ausreichende Personalausstattung und deren angemessene Unterbringung, moderne Einsatzmittel, eine mitarbeiternahe Dienstaufsicht und Personalführung und eine gute und flexible Dienstzeitregelung.

In diversen Gesprächen mit den Cuxhavener Kollegen haben wir den Eindruck gewonnen, dass mit den bisherigen Rahmenbedingungen alle Kollegen mehr als zufrieden waren. Seitdem das Damoklesschwert der Schließung bzw. der Umwandlung in eine Außenstelle des WSPK 1 über der Dienststelle hängt, sind die Kollegen allerdings über ihre Zukunft verunsichert.

Herr Heise führte dazu aus, dass zwar die Sparvorgaben des Senats auch unter der neuen Regierung erbracht werden müssten und dass der alte Elbvertrag innerhalb der Fristen gekündigt worden sei, dass man aber kurz vor dem Abschluss eines modifizierten Elbvertrages stehe, der nur noch von den beteiligten Länderparlamenten ratifiziert werden müsse. Sein erklärtes Ziel sei der Erhalt der Dienststelle – eventuell unter Verkleinerung der Räumlichkeiten – und der Zuständigkeiten im bisherigen Umfang. Auch wenn es zukünftig keinen Funktionsdienst mehr geben wird, so soll die Dienststelle mit dem notwendigen Personal ausreichend ausgestattet bleiben, um den Außendienst wie gewohnt aufrechtzuerhalten. Die weitere Entwicklung werden wir wie gewohnt aufmerksam und konstruktiv aber auch kritisch begleiten.

Diverses – Neubau WSPK 2 / DZR-Präsenzdienste / Dienstkleidung

Die Planungen für den Neubau des WSPK 2 nehmen wieder Fahrt auf. Wie bisher vorgesehen, soll die neue Dienststelle am Afrikahöft errichtet werden, da



FACHBEREICH WASSERSCHUTZPOLIZEI

das alte Gebäude in absehbarer Zeit dem neuen Central-Terminal Steinwerder weichen muss. Da die Kosten nach den alten Planungen aus dem Ruder zu laufen drohten, werden diese von Grund auf überarbeitet. So wird es eher anstatt eines Glaspalastes einen soliden Backsteinbau geben, in den vielleicht noch die eine oder andere WSP-Dienststelle zusätzlich einziehen wird. Die oberste Bauaufsicht liegt bei Herrn Heise persönlich und wir drücken ihm die Daumen, dass er in etwa zwei Jahren das neue Dienstgebäude einweihen kann.

Auch die immer noch andauernde Ungleichbehandlung bei der Anrechnung der Pausenzeiten als Dienstzeit für die Präsenzdienste im Verhältnis zu den Wechselschichtlern haben wir erneut an-

gesprochen. Holger Stoll: „Es kann nicht sein, dass Kollegen, die zusammen Streife fahren oder im Einsatz sind, unterschiedlich bei der Dienstzeitabrechnung behandelt werden. Das ist eine riesige Ungerechtigkeit!“

Herr Heise hörte sich aufmerksam unsere Argumente an und kündigte eine Erhebung dazu an, um sich ein Bild von den Fallzahlen machen zu können. Wir hoffen, dass es dann zeitnah zu einer neuen, gerechteren Regelung kommen wird.

Auch die Dienstkleidung der WSP wird von uns ständig einer kritischen Draufsicht unterzogen. Der Forderung aus dem Kollegenkreis nach Einführung der Kargohose für die WSP erteilte Herr Heise eine Absage. Er begründete dies mit der Gefahr, mit den aufgesetzten Ta-

schen an Bord von Schiffen hängen zu bleiben und der damit verbundenen Verletzungsgefahren. Es werde allerdings gerade die Einführung eines WS-Modells der Strickjacke geprüft, so Herr Heise. Weiterhin ablehnend steht er der Einführung des gelben Anoraks für den Außendienst gegenüber. Unser Argument der besseren Sichtbarkeit auf dem Terminal wurde mit dem Hinweis auf die Mannschaftsausstattung mit Warnwesten erwidert, wobei wir in dem Zusammenhang auf vergleichbare Gefahren verwiesen haben, wie sie für die Kargohose vorgebracht wurden. Auch hier bleiben wir am Ball und werden weiter berichten.

Euer Fachbereich WSP

TARIFVERHANDLUNGEN 2011

Einigung erzielt!

Die GdP Hamburg erwartet jetzt eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamten und Versorgungsempfänger. „Gut, dass es in der dritten Runde noch zu einem angemessenen Tarifergebnis gekommen ist“, kommentiert Uwe Koßel, Landesvorsitzender der GdP Hamburg, das gestrige Ergebnis der Tarifverhandlungen in Potsdam. „Aber nun erwarten wir vom neuen Senat in Hamburg, dass es eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für Beamte und Versorgungsempfänger gibt! Das ist die Stadt ihren Beamten schuldig!“



Mit Musik zum Gänsemarkt!



Uwe Koßel spricht am Besenbinderhof

Uwe Koßel machte deutlich, „dass auch unser Engagement hier in Hamburg einen kleinen Teil dazu beigetragen hat, dass es in der dritten Runde zu einem Er-

gebnis kam. Mein Dank gilt allen, die sich an unseren Warnstreikaktionen beteiligt haben!“

Mit einer Einkommensverbesserung im Volumen von 2,3 Prozent in diesem Jahr und 2,8 Prozent im kommenden Jahr, hätten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Zielmarken, einen Inflationsausgleich zu erreichen und Reallohnverluste zu verhindern, übertraffen. Witthaut: „Das Ergebnis ist kein Grund zur Euphorie, aber auch kein Grund zum Jammern.“

Die 580 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder erhalten für 2011 eine Einmalzahlung von 360 Euro (Auszubildende 120 Euro) und zusätzlich ab 1. April eine lineare Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent. Das entspricht in der Jahreswirkung einem Plus von 2,3 Prozent. Zum 1. Januar 2012 steigen die Ge-

hälter um weitere 1,9 Prozent linear plus 17 Euro (Auszubildende 6 Euro). Dies entspricht einer Erhöhung von 2,55 Prozent. Ebenfalls wurde vereinbart, dass zum 1. Januar 2012 eine modernisierte Regelung zur Eingruppierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder in Kraft tritt. Dazu gehört, dass Bewährungsaufstiege bis zu sechs Jahren direkt bei der Eingruppierung berücksichtigt werden.

Der Landesbezirksvorstand



Vielleicht doch ein Pirat?

Viele Gäste aus der Seefahrt, aus dem beruflichen und polizeilichen Umfeld und viele Freunde ließen es sich nicht nehmen, Bernd Spöntjes in den Ruhestand zu verabschieden. Neben vielen Worten, die mit Herzlichkeit auf das Wirken in der Hamburger Wasserschutzpolizei hinwiesen, blieb sicher dem einen oder anderen auch eine Anekdote seiner Tochter im Gedächtnis.

Zum Ende der offiziellen Veranstaltung bat die Tochter, Britta Spöntjes, auch noch ein paar persönliche Worte sagen zu dürfen. Sie wünschte ihrem Vater für den Ruhestand nun alles Gute und hofft, dass er nun auch etwas mehr Zeit für die Familie hat. Sie verriet den Anwesenden Folgendes: als ich meinen Vater als Kind fragte: „Was machst du eigentlich?“, da antwortete er kurz: „Ich bin Pirat!“

Bernd Spöntjes, langjähriger Leiter der Hamburger Wasserschutzpolizei begann seine berufliche Karriere 1962 in der Seemannsschule, in Hamburg-Blankenese, fuhr dann weltweit auf verschiedenen Handelsschiffen deutscher Reedereien zur See, u. a. auch auf den „Cap San“-Schiffen, bevor er am 4. April 1972 bei der Hamburger Polizei seine Ausbildung im 41. WS-Lehrgang begann!

In den Redebeiträgen wurden auch die traurigen Ereignisse angesprochen, die Bernd während seiner Dienstzeit erlebte bzw. meistern musste, wie z. B. die Kes-



Bernd Spöntjes

selexplosion im Maschinenraum des MS „Anders Maersk“ am 9. Januar 1976 bei Blohm & Voss, bei der 26 Menschen ihr Leben lassen mussten, oder das Unglück der Barkasse „Martina“ am 2. Oktober 1984 auf der Elbe, bei dem 19 Personen ertranken!

Die freudigeren Ereignisse waren die vielen Hafenevents, wie die jährlichen Hafengeburtstage, das Ein- und Auslaufen der großen Passagier- und Kreuzfahrtschiffe, wie z. B. die „Queen Mary 2“, die aber immer wieder für die Wasserschutzpolizei und deren Leiter eine große und personalintensive Aufgabe war, damit die Sicherheit auf dem Wasser und an Land gewährleistet werden konnte.

Ein ganz großer Erfolg für die Wasserschutzpolizei Hamburg war, dass Bernd

es geschafft hatte, die Polizeiführung und die Behördenleitung davon zu überzeugen, dass der veraltete Bootspark erneuert und das Bootsbauprogramm fortgesetzt werden konnte.

Heute steht der Wasserschutzpolizei eine moderne Bootsflotte zur Verfügung, die in allen Revierbereichen eingesetzt werden kann, vom leichten Hafenstreifenboot bis zum Küstenstreifenboot.

Hierbei hatte auch die GdP, der Fachbereich WS, den Leiter der WSP auf allen Ebenen unterstützt!

Die GdP Hamburg wünscht Bernd Spöntjes für seinen wohlverdienten Ruhestand alles Gute, beste Gesundheit und weiterhin viel Freude.

Der Landesbezirksvorstand

Anzeige

Notdienst der Glaserinnung Hamburg
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60



Firmenungebundene Auftragsannahme



Ein angemessener Ort: das „Internationale Maritime Museum“



FACHBEREICH SENIOREN

Mit auf die Elbe!

Am 10. Mai 2011, in der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr, möchten wir mit euch interessierten Senioren eine dreistündige Hafen- und Unterelberundfahrt unternehmen.

Wir haben für diesen Tag das Fahrgastschiff „Hammonia“ der Reederei „Abicht“ gechartert und freuen uns auf eine interessante und gesellige Elbfahrt, bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein! Treffpunkt: St.-Pauli-Landungsbrücken, Brücke 6 bis 9!

Anmeldungen nimmt ab sofort unsere Kollegin Karin Hopp unter der Tel.-Nr.



Die GdP-Flagge wird auf der Hammonia wehen

0 40 / 28 08 96-17 oder unsere Kollegin Christa Borr aus dem Polizeisozialwerk unter der Tel.-Nr. 0 40 / 28 08 96-15 oder 16 entgegen.

Wir bitten um Überweisung des Eigenbetrages von 12,- € (Stichwort: Hafenerundfahrt) auf das Konto der Sparda Bank, Konto-Nr. 0 000 371 111, BLZ 206 905 00, unter Elbrundfahrt und den Namen nicht vergessen.

Wer für die Fahrt ein Kaffeegedeck bestellen möchte, sollte dieses unseren Kolleginnen mitteilen.

Fachbereichsvorstand Senioren

VERANSTALTUNGEN

Airport Hamburg erleben

Wie schon angekündigt, werden wir

am 5. April und 7. April, jeweils um 11.30 Uhr,

mit max. 35 Teilnehmern den Flughafen Hamburg besichtigen.

Geboten wird uns während der 2½-stündigen Besichtigung eine Modellschau, eine Vorfeld-Rundfahrt und eine Besichtigung der Werksfeuerwehr mit einer Eigenbeteiligung von 10,50 €! Die Teilnehmer müssen einen gültigen Personalausweis mitbringen.

Terminverschiebung für ICE-Betriebswerksbesichtigung

In der März-Ausgabe der „Deutschen Polizei“ hatten wir für den 13. und 20. April 2011 eine Besichtigung des ICE-Betriebswerks angekündigt. Leider muss dieser Termin aus betrieblichen Gründen der DB auf den 19. April und 21. April 2011, jeweils um 10.00 Uhr, verschoben werden. Wir treffen uns zu den o. g. Terminen mit jeweils 20 Teilnehmern vor dem Eingang des S-Bahnhofs Hamburg-Eidelstedt!

Anmeldungen nimmt unsere Kollegin Karin Hopp in der GdP-Geschäftsstelle unter der Tel.-Nr. 0 40 / 28 08 96-17 für alle Termine entgegen. Dort erhaltet ihr auch nähere Informationen.

Peter Leiste, Fachbereich Senioren

FACHBEREICH SENIOREN

Termin vormerken!

Die nächste Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren findet wie gewohnt am zweiten Dienstag im Monat, am

12. April 2011, um 15.00 Uhr,

im Personalrestaurant des Polizeipräsidiums statt. Zu unserer 4. Mitgliederver-

sammlung in 2011 haben wir unseren Polizeipräsidenten Herrn Werner Jantosch eingeladen. Wir freuen uns nun, dass Herr Jantosch einmal jährlich in die Versammlung kommt und über aktuelle polizeiliche Themen berichtet und den Mitgliedern Rede und Antwort stehen wird.

Der Vorstand freut sich wieder auf eine gut besuchte Mitgliederversammlung!

Fachbereichsvorstand Senioren

AG SOZIALES

Altersarmut – Ein aktuelles Thema in aller Ohren

Unserer Bundesregierung können wir ja alles Mögliche vorwerfen: Klientelpolitik (z. B. für Hoteliers), Ahnungslosigkeit (z. B. beim Datenschutz), Kungelei (z. B. bei der Atompolitik). Man kann aber nicht sagen, dass unsere Regierung die Folgen ihres Handelns ignoriert – jedenfalls nicht immer!

So hält unsere schwarz/gelbe Koalition zwar an dem Plan fest, Arbeitnehmern erst mit 67 Jahren eine Rente zu zahlen. Dazu hat sie beschlossen, für Hartz-IV-Empfänger keine Beiträge in die Rentenkasse zu zahlen. Außerdem sträubt sich unsere Regierung standhaft, einen ge-

setzlichen Mindestlohn einzuführen, was bedeutet, dass den Billiglöhnen irgendwann Billigrenten folgen werden. Von der Gesundheitsreform ganz zu schweigen!

Nun ist aber eine Lösung in Sicht: eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission soll sich mit der drohenden Altersarmut beschäftigen.

Wäre die Situation nicht zu tragisch, könnte man ja über diese Komik lauthals lachen: Die Koalition lässt über Probleme nachdenken, die sie mit einer anderen Politik selbst verhindern könnte. Mehr Weitsicht geht doch nicht, oder?

Vielleicht sollte die Kommission einmal bei den Gewerkschaften des DGB nachfragen.

Marit Pufahl

